

2. Sitzung

2. Sitzungsabschnitt

Düsseldorf, Dienstag, 26 Juli 1966

Mitteilungen des Präsidenten	11 A
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP: Bestimmung der Zahl der Mitglieder des Ältestenrats — Drucksache Nr. 4	11 A
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP: Einsetzung eines vorläufigen Petitionsaus- schusses — Drucksache Nr. 5	11 B
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP: Einsetzung eines vorläufigen Grubensicher- heitsausschusses — Drucksache Nr. 6	11 B
Vorstellung der Mitglieder der Landesregierung Dr. Meyers, Ministerpräsident	11 C
Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung	11 D
Regierungserklärung Dr. Meyers, Ministerpräsident	12 A
Nächste Sitzung	20 C

Entschuldigt waren für den 26. Juli 1966:

SPD: Pardon

Dr. Solbach

CDU: Dr. Fischer-Zernin

(A)

Beginn: 10.03 Uhr

Präsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren! Ich eröffne den zweiten Sitzungsabschnitt des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle, insbesondere unsere Zuhörer auf der Tribüne, auf das herzlichste willkommen.

Für die heutige Sitzung haben sich die Herren Abg. Pardon und Dr. Solbach von der Fraktion der SPD und Herr Abg. Dr. Fischer-Zernin von der Fraktion der CDU entschuldigt.

Am heutigen Tage feiert Herr Abg. Franz Riehemann von der CDU-Fraktion seinen Geburtstag. Ich darf ihm herzlich gratulieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

In Übereinstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, daß wir die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 vorziehen. Ich rufe daher zunächst den Punkt 3 auf:

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP:
Bestimmung der Zahl der Mitglieder des
Ältestenrats
— Drucksache Nr. 4 —**

Ich nehme an, daß auf eine Verlesung des Ihnen mit dieser Drucksache unterbreiteten Vorschlags der Fraktionen verzichtet wird. Wird das Wort dazu gewünscht? — Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag Drucks. Nr. 4 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei zwei Enthaltungen beschlossen.

(B)

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 4:

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP:
Bestellung eines vorläufigen Petitionsaus-
schusses
— Drucksache Nr. 5 —**

Ich nehme an, daß Sie auch auf die Verlesung der Drucks. Nr. 5 verzichten. Wird das Wort dazu gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag Drucks. Nr. 5 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Einstimmig angenommen!

Ich rufe nun den Punkt 5 der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP:
Bestellung eines vorläufigen Grubensicher-
heitsausschusses
— Drucksache Nr. 6 —**

Wird das Wort dazu gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag Drucks. Nr. 6 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, Ihnen ist bekannt — gestatten Sie mir diese Erläuterung! —, daß sich über die Rechtsnatur des Grubensicherheitsausschusses in der letzten Legislaturperiode gewisse verfassungsrechtliche Zweifel ergeben haben, die einer sorgfältigen Prüfung und Klärung bedürfen. Um aber bis zum Beginn unserer Arbeit nach den Parlamentsferien nicht auf den Grubensicherheitsausschuß verzichten zu müssen, soll er im Einverständnis aller Fraktionen in der bisherigen Art arbeiten und seinen Aufgaben nachgehen. Wir werden dann später endgültig seine Form und seinen Aufgabenbereich festlegen.

Zugleich darf ich mitteilen, daß zwischen den Fraktionen verabredet worden ist, daß der Vorsitz im Petitionsausschuß vorübergehend bei der CDU-Fraktion und der Vorsitz im Grubensicherheitsausschuß vorübergehend bei der SPD-Fraktion verbleibt, ohne daß damit jedoch der endgültigen Bestellung der Vorsitzenden vorgegriffen werden soll, die sich dann nach der allgemeinen Verteilung der Ausschußvorsitze richtet. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1:

Vorstellung der Mitglieder der Landesregierung

Der Herr Ministerpräsident hat mir gemäß Art. 52 Abs. 3 LV die Zusammensetzung der Landesregierung mitgeteilt. Er hat den Wunsch, sie vor dem Hohen Hause bekanntzugeben. Ich darf daher dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort erteilen.

Dr. Meyers, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, dem Hohen Hause die neue Landesregierung vorzustellen. Gemäß Art. 52 LV habe ich ernannt:

zum Innenminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Herrn Willi W e y e r
zum Finanzminister Herrn Joseph P ü t z
zum Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Herrn Gerhard K i e n b a u m

(Hört, hört! bei der SPD)

zum Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Herrn Gustav N i e r m a n n
zum Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Herrn Franz B e r d i n g
zum Minister für Bundesangelegenheiten Herrn G e r d L e m m e r
zum Arbeits- und Sozialminister Herrn Konrad G r u n d m a n n
zum Kultusminister Herrn Prof. Dr. Paul M i k a t.

Den Geschäftsbereich des Justizministers habe ich mir selbst unterstellt.

Präsident van Nes Ziegler: Ich danke Ihnen. Meine Damen und Herren, wir kommen zur

**Vereidigung der Mitglieder der
Landesregierung**

Gemäß Art. 53 LV habe ich die soeben genannten und

(Präsident van Nes Ziegler)

- (A) ernannten Minister zu vereidigen. Es bestand in diesem Hause seit jeher die Übung, daß auch diejenigen Herren Minister, die schon früher einmal im Amt waren, neu zu vereidigen sind. Ich darf daher die Mitglieder der neuen Landesregierung bitten, zu mir zu kommen, damit ich den Eid abnehmen kann.

Meine Herren Minister, Sie wissen, daß Sie nach Art. 53 der Landesverfassung vor der Übernahme Ihres Amtes den Eid auf die Verfassung zu leisten haben. Ich darf Sie daher bitten, Ihre rechte Hand zu heben, mir die Eidesformel nachzusprechen und mir anschließend dieses Zeugnis durch Handschlag zu bekräftigen:

Ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft, dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Ich darf Ihnen im Namen des Parlaments die G l ü c k w ü n s c h e aussprechen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir kommen nun zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Regierungserklärung

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

- (B) **Dr. Meyers, Ministerpräsident:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Bildung der neuen Landesregierung scheiden die bisherigen Landesminister Joseph Franken und Dr. Artur Sträter aus ihren Ämtern. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, ihnen meinen herzlichen Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß sie in der zurückliegenden Legislaturperiode ihre ganze Kraft, ihre Erfahrung und Initiative dem Wohle des Landes gewidmet haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Herr Dr. Sträter gehörte seit 1946 mit geringen Unterbrechungen den Landesregierungen dieses Landes an. Als Stellvertreter des Ministerpräsidenten, als Justizminister, Wirtschaftsminister, Minister für Bundesangelegenheiten, Finanzminister und in der 5. Legislaturperiode wiederum als Justizminister ist sein Name mit der Geschichte der beiden ersten Jahrzehnte dieses Landes aufs engste verbunden. Ihm, dem bisher dienstältesten Mitglied der früheren Landesregierung, gebührt mein ganz besonderer Dank.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Beide Herren haben sich in einer für das Land entscheidenden Zeit bleibende Verdienste erworben.

Am 26. Juli 1946, also auf den Tag vor 20 Jahren, ließ die britische Militärregierung mitteilen, daß sie am 24. Juli den ersten Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Amelunxen, ernannt hatte. Daß 20 Jahre nach diesem für das Land Nordrhein-Westfalen so entscheidenden Ereignis eine neue Landesregierung vor dieses Hohe Haus tritt, daß sie Ihnen, meine Damen

(Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung)

und Herren, das Regierungsprogramm für die kommenden vier Jahre vorlegt, scheint mir von besonderer Bedeutung.

Spätestens durch die Auseinandersetzungen in dem hinter uns liegenden Wahlkampf ist den Bürgern dieses Landes klargeworden, daß ein neuer Abschnitt unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlich-sozialen Lebens begonnen hat.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD —
Beifall bei den Regierungsparteien)

Unsere Situation hat daher mit derjenigen des Sommers 1946 zumindest das eine gemein: damals wie heute müssen wir eine neue Zukunft wagen. Der Vergleich der beiden Daten zeigt aber zugleich einen entscheidenden Unterschied. Damals ging es darum, unter Anspannung aller Kräfte für Millionen von Menschen in diesem Lande die nackte Existenz zu retten und zugleich die Grundlagen einer staatlichen Ordnung an Rhein und Ruhr, Weser und Lippe zu legen. Heute stehen wir vor der Aufgabe, auf dem Boden einer gesicherten und stabilen staatlichen Ordnung, auf dem Boden schnell gewachsenen wirtschaftlichen Wohlstandes, neue Wege zu beschreiten, um unter den Bedingungen sich wandelnder wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse Wohlstand zu mehren, soziale Sicherheit zu stärken und das weitere Wachstum der Wirtschaft zu fördern.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

In Nordrhein-Westfalen vollzieht sich ein wirtschaftlicher und sozialer Umbruch. Offenkundig ist dies im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Dieser Umbruch ist jedoch keineswegs auf das industrielle Herzstück des Landes begrenzt; vielmehr hat er alle Teile des Landes und fast alle Bereiche seiner Wirtschaft ergriffen. Daß sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besonders ausgeprägte Veränderungen vollziehen, beruht sowohl auf der einzigartigen Wirtschaftsstruktur dieses Gebietes als auch auf der Tatsache, daß seine Wirtschaft von Anfang an immer wieder vor der Notwendigkeit stand, sich der technischen Entwicklung durch die Aufnahme neuer Produktions- und Arbeitsmethoden anzupassen und die damit verbundenen sozialen Probleme zu bewältigen.

Es ist verständlich, daß angesichts der derzeitigen strukturellen Veränderungen im Gefüge der Wirtschaft unseres Landes sich mancher Kreise unserer Bevölkerung eine Unruhe über diesen ungewohnten und für sie noch nicht überschaubaren Wandlungsprozeß bemächtigt hat.

(Zuruf von der SPD: Und über die
Regierungsbildung!)

Zugleich hat sich auch die Vorstellung gebildet, Ziel der Politik könne es angesichts dieser Entwicklung nur sein, die nach dem Zusammenbruch mühsam und unter großen Opfern wieder erreichte Ordnung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Hier wird aber ein weiterer entscheidender Unterschied zwischen den Jahren 1946 und 1966 deutlich. Damals ging es, für jedermann erkennbar und von jedermann bejaht, um den W i e d e r aufbau des einst Vorhandenen und durch den Krieg zerstörten; — Weg und Ziel waren also deutlich vorgezeichnet. Heute dagegen besteht die

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) wichtigste landespolitische Aufgabe darin, nicht das Bestehende um jeden Preis zu erhalten, sondern dafür Sorge zu tragen, daß die umfassenden technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten zum Besten des Landes genutzt werden. Dieser gesellschaftlich-wirtschaftliche Wandlungsprozeß, dessen Zwangsläufigkeit weder übersehen noch geleugnet werden soll, braucht aber für niemanden Anlaß zu Furcht oder gar Panik zu sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir besitzen die Mittel und Möglichkeiten, diesen Wandlungsprozeß so zu beeinflussen, daß er sich zum Besten dieses Landes und seiner Menschen auswirkt.

(Lachen bei der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

Struktur und Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft haben sich gegenüber dem Jahre 1946 wesentlich differenziert. Unsere Zeit trägt ausgeprägter denn je die Züge und Merkmale einer Gesellschaft, die einem ständigen Wandel unterworfen ist, einer Gesellschaft, in der es keine festgefügte und allgemein verbindliche Ordnung mehr gibt.

Die bewegenden Kräfte dieser Gesellschaft sind die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft, wachsende Möglichkeiten der modernen Technik und ständige Änderungen unserer Lebensgewohnheiten, auch des Verbraucherverhaltens. Besonders ausgeprägt ist zugleich das Interesse an vertiefter Bildung und verbesserter Ausbildung, vor allem für die junge Generation, die Erkenntnis der Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung für die Erhaltung von Wohlstand und sozialer Sicherheit, aber auch das Streben nach besserer Nutzung der wachsenden Freizeit.

- (B)

(Ermert (SPD): Und besserer Regierung!)

Zugleich zeigt der Wandel der Gesellschaft aber auch Erscheinungen wie das Nachlassen der formenden und gemeinschaftsbindenden Kraft der Familie und die Verflachung der zwischenmenschlichen Beziehungen, die zur Vereinsamung des Menschen in der technischen Zivilisation beitragen. Betroffen von dieser Entwicklung sind in erster Linie alte und kranke Menschen; aber auch das Bemühen des jungen Menschen, in den Ordnungen der Gesellschaft und des Staates seinen Platz zu finden, wird durch diese Erscheinungen erschwert. Besonders ausgeprägt ist endlich die Sorge unserer Mitmenschen um die Erhaltung ihrer Gesundheit, die nicht nur durch die großen Zivilisationskrankheiten, sondern auch durch die größeren Gefahren am Arbeitsplatz, im Straßenverkehr und durch die Verunreinigung von Luft, Wasser und Erde bedroht ist.

Dieser Gesellschaftsstruktur unserer Gegenwart entspricht die von Grundgesetz und Landesverfassung gewährleistete sozialstaatliche Ordnung unseres Landes. Sie verbietet dem Staat, das soziale Schicksal seiner Bürger aus dem Kreis seiner Erwägungen und Maßnahmen auszuschließen. Sie verpflichtet ihn vielmehr, Parlament und Regierung, die erkennbaren Wünsche und Erwartungen der Bürger zu prüfen und aus ihnen nach den Kriterien des Notwendigen und des finanziell Möglichen im Wege staatlicher Leistungen Folgerungen zu ziehen. Die Lan-

desregierung wird sich bei ihrer Arbeit in der neuen Legislaturperiode von folgenden Grundsätzen leiten lassen. (C)

1. Die Sicherung der Währung und die Erhaltung der Kaufkraft des Geldes sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Erhaltung von Wirtschaftskraft und sozialer Sicherheit.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das erfordert eine vernünftige und durchdachte Bildung von Schwerpunkten und zugleich eine Beschränkung der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben.

(Hört, hört! bei der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

Konzentration auf das Vordringliche, nicht aber Sparbarkeit um jeden Preis muß das Ziel der Konjunktur- und Haushaltspolitik des Landes sein.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Im Interesse eines weiteren Wirtschaftswachstums in Nordrhein-Westfalen wird zeitweise eine verstärkte Förderung bestimmter öffentlicher Aufgaben notwendig sein. Demgegenüber müssen andere öffentliche Aufgaben zurückgestellt oder in ihrem zeitlichen Ablauf bzw. in ihren Kostenfolgen verlangsamt werden, wenn dies ohne Gefahr für das Wirtschaftswachstum und das allgemeine Wohl möglich ist. Öffentliche Subventionen sollten immer nur Übergangscharakter haben; wenn sie entbehrlich geworden sind, müssen sie abgebaut werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zurufe von der SPD) (D)

Ein wirkungsvoller und konjunkturgerechter Einsatz aller verfügbaren finanziellen Mittel des Landes erfordert ein langfristiges Programm. Die Landesregierung wird daher mit der Einbringung des Landeshaushalts 1967 eine auf vier Jahre ausgerichtete Finanzplanung vorlegen, aus der Art und Umfang des Einsatzes der Landesmittel in dieser Legislaturperiode erkennbar sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zurufe von der SPD)

2. Oberstes Ziel der Landespolitik muß die Strukturverbesserung in allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sein. Diesem Grundsatz haben sich alle landespolitischen Einzelmaßnahmen unterzuordnen. Die Durchsetzung dieses Grundsatzes ist nur möglich, wenn die Gestaltung des Landeshaushalts und das Handeln der Verwaltung noch stärker als bisher darauf ausgerichtet werden. Für den Bereich der obersten Landesbehörden bedeutet das eine stärker koordinierte Zusammenarbeit. Die Landesregierung wird daraus die entsprechenden sachlichen und organisatorischen Konsequenzen ziehen. Sie wird insbesondere bei der Vorbereitung des Haushalts 1967 dafür Sorge tragen, daß die gesamte Haushaltsgestaltung auf die Erfordernisse der Strukturverbesserung ausgerichtet wird.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Strukturverbesserung des gesamten Landes, auch seiner Teilräume, ist eine eigenständige, nur aus der Sicht

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) des gesamten Landes sachgerecht zu bewältigende Aufgabe. Bei aller Anerkennung der den Gemeinden durch die Gemeindeordnung zuerkannten Rechte und Befugnisse muß und wird die Landesregierung dafür Sorge tragen, daß bei der Strukturverbesserung die übergeordneten, vom Land zu vertretenden Bedürfnisse der Gesamtheit gebührende Beachtung finden.

Aus den gleichen Erwägungen ist eine Koordinierung aller strukturwirksamen landespolitischen Aufgaben gegenüber dem Bund sowie auch gegenüber den europäischen Behörden im Hinblick auf die europäische Regionalpolitik unerläßlich.

3. Ziel der Strukturpolitik der Landesregierung im Bereich der Wirtschaft wird es auch in den kommenden vier Jahren sein, die **Leistungsfähigkeit der Wirtschaft** zu fördern und damit den arbeitenden Menschen ertragreiche und sichere Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neu zu schaffen.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Die Landesregierung wird dafür sorgen, daß der Wirtschaft des Landes diejenigen Hilfen gewährt werden, die es ihr ermöglichen, den Anforderungen des nationalen und internationalen Wettbewerbs gerecht zu werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vor dieser Aufgabe steht unter den Wirtschaftszweigen Nordrhein-Westfalens zur Zeit an erster Stelle der **Steinkohlenbergbau**.

- (B) (Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Versorgung unserer Volkswirtschaft mit billiger und sicherer Energie bei größtmöglicher Nutzung unserer heimischen Energiequellen ist und bleibt das Ziel der Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Der Absatz von Steinkohle muß durch geeignete Maßnahmen gefördert und gefestigt werden.

(Lachen bei der SPD)

Zugleich muß aber die Förderung auf die Absatzlage ausgerichtet werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Diesen Zielen entsprechend ist es der Landesregierung in den zurückliegenden Jahren gelungen, eine Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen zur Stabilisierung des Steinkohlenabsatzes durchzusetzen.

(Lachen und Oho-Rufe bei der SPD — Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Dazu gehören insbesondere

die Einführung und Verlängerung des Kohlezolls, die Kontingentierung der Auslandskohle, die Besteuerung von leichtem und schwerem Heizöl, die Gewährung von Frachthilfen, Steuervergünstigungen für Rationalisierungsmaßnahmen, das erste und zweite Verstromungsgesetz zur Sicherung des Steinkohlenabsatzes in Kraftwerken.

Darüber hinaus hat das Land mit eigenen Mitteln noch eine Reihe von Förderungsmaßnahmen eingeleitet, die fortgesetzt werden. Die wichtigsten sind:

die Förderung des Baues von Starkstromfernleitungen, Kraftwerken sowie Block- und Fernheizwerken,

die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bergbau, und zwar nicht nur im Bereich der Kohlegewinnung und -förderung, sondern auch auf dem Gebiete der Weiterverarbeitung und der Kohleverwendung.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Gesetze zur Sicherung des Steinkohlenabsatzes in Kraftwerken bilden das Kernstück der Absatzstabilisierung im Steinkohlenbergbau. Sicherungsmaßnahmen für den Absatz der Kokskohle im Bereich der Eisen schaffenden Industrie müssen folgen. Im übrigen begrüßt die Landesregierung die Bemühungen der Wirtschaft, mit den Mitteln der Selbsthilfe den notwendigen Umstellungsprozeß in geordnete Bahnen zu lenken. Sie wird diese Bemühungen sachlich und finanziell gemeinsam mit dem Bund unterstützen. In Verhandlungen mit der Bundesregierung konnte erreicht werden, daß der Finanzbedarf für diese Maßnahmen im Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln zwischen Land und Bund aufgeteilt wird. Die Landesregierung ist davon überzeugt, daß mit diesen Maßnahmen ein wirkungsvolles wirtschaftspolitisches Instrumentarium geschaffen worden ist.

Gleichen Rang mit diesen Maßnahmen zugunsten des Bergbaues hat für die Landesregierung die **Sorge um das soziale Schicksal des Bergmanns und seiner Familie**.

(Oho-Rufe bei der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

Auch in diesem Bereich ist dafür Sorge getragen, daß die im Bergbau erforderlichen Umstellungen nicht zu Lasten des Bergmanns und seiner Familie gehen.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Hier sind umfangreiche soziale Hilfen des Bundes, des Landes und der Montanunion vorgesehen. Sie garantieren dem von Stilllegungsmaßnahmen betroffenen Bergmann ein gesichertes Einkommen und bewahren ihn vor wirtschaftlicher Not.

(Zurufe von der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

Auch das Wohnrecht des Bergmanns, der auf eigenen Wunsch aus seinem Beruf ausscheidet, ist inzwischen durch die Initiative der Landesregierung gesetzlich gesichert.

(Zurufe von der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung wird in den kommenden Jahren die Bemühungen der Wirtschaft, den **technisch-wirtschaftlichen Umstellungsprozeß** zu bewältigen, nachhaltig unterstützen. Die Landesregierung wird auch ihrerseits Anregung und Anreiz für die Bewältigung dieses Umstellungsprozesses geben. Der notwendigen Ansiedlung neuer wachstumsstarker Industrien im Steinkohlenggebiet kommt die außerordentlich günstige Infrastruktur des Reviers

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) besonders entgegen. Eine zusätzliche Chance bietet die Möglichkeit der schnellen Umsetzung von Arbeitskräften. Die Landesregierung ist entschlossen, diese Chance zu nutzen.

Um in den neuen Industrien arbeiten zu können, ist es notwendig, den Menschen die erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln. Diesem Ziele dienen öffentlich finanzierte Umschulungsmaßnahmen, die jeden Umgeschulten zu einer vollwertigen Arbeitskraft in seiner neuen Tätigkeit machen. Die Mittel für die Umschulung werden durch die Montan-Union und die Bundesregierung bereitgestellt sowie durch zusätzliche Mittel der Landesregierung ergänzt.

4. Die Landesregierung ist sich bewußt, daß auch der Stahlindustrie unseres Landes ihre besondere Aufmerksamkeit gelten muß. Aus den Wettbewerbsverzerrungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr sowie aus der Tatsache, daß unsere Stahlindustrie im Gegensatz zu den übrigen EWG-Ländern einheimische Kokskohle verbraucht und auch weiter verbrauchen soll, haben sich Wettbewerbsnachteile ergeben. Die Landesregierung hatte die Bundesregierung gebeten, in Verhandlungen mit der Hohen Behörde in Luxemburg dafür Sorge zu tragen, daß diese Wettbewerbschwierigkeiten abgebaut werden. Diese Verhandlungen sind gescheitert. Es ist daher notwendig, die Wettbewerbsnachteile durch eine nationale Lösung auszugleichen. Die Landesregierung verhandelt darüber mit der Bundesregierung.

Sie hat Anlaß zu der Annahme, daß diese Verhandlungen in absehbarer Zeit zu einem Erfolg führen werden.

- (B) (Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung legt in diesem Zusammenhang aber Wert auf die erneute Feststellung, daß Subventionen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen und für begrenzte Zeiträume dann als vertretbar anzusehen sind, wenn sie als Anpassungsmaßnahmen geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftszweiges im Interesse der Gesamtwirtschaft wiederherzustellen.

(Sehr richtig! bei der CDU)

5. Nach der Überzeugung der Landesregierung kann in diesem Land eine Strukturpolitik nur dann sachgerecht sein, wenn sie das gesamte Landesgebiet und alle Wirtschaftszweige umfaßt. Daher sollen auch meine Ausführungen zur Kohle- und Stahlpolitik so verstanden werden, daß sie den zur Zeit zwar aktuellsten, aber doch nur einen Teil unserer Wirtschaftspolitik darstellen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Gerade unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die Verbesserung der räumlichen Ordnung unseres Landes besonderes Gewicht. Eine auf räumliche Schwerpunkte gerichtete Strukturverbesserung hat zu umfassen:

die verstärkte Erschließung des Landes durch leistungsfähige Verkehrssysteme,
die regionale Wirtschaftsförderung,
die Stadt- und Dorferneuerung,
die Verbesserung der Agrarstruktur und
den weiteren Ausbau des öffentlichen Bildungswesens.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

(C) Dabei ist in den Ballungsgebieten der Rheinschiene dem weiteren Ausbau der Verkehrswege, dem Wohnungsbau und der Stadterneuerung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Ruhrgebiet muß als Industrielandschaft modernisiert werden. Seine Städte sind für neue Aufgaben im Bereich der Wirtschaft und Kultur aufnahmefähig zu machen. Ein leistungsstarkes Nahverkehrssystem ist dort zu entwickeln. Die natürliche Schönheit der Landschaft muß — auch durch den Ausbau von Naherholungsgebieten — erhalten werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Entwicklung der ländlichen Gebiete ist durch planmäßigen Ausbau zu unterstützen.

So kann das Gefälle zwischen Stadt und ländlichem Gebiet gemindert werden. Besonderes Gewicht ist dabei auf das Schul- und Bildungswesen, die Versorgung im Krankheitsfall, die Verkehrserschließung und die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität zu legen.

(Zuruf von der SPD: Zehn Jahre vertan!)

6. Bei den Bemühungen um eine ausgewogene Raumordnung kommt dem Generalverkehrsplan besondere Bedeutung zu. Er liefert die Grundlagen für die Entscheidung über die zukünftigen Investitionen im überörtlichen Verkehrssystem. Seine Ergebnisse werden den Gemeinden eine wirtschaftlichere Verwendung ihrer Mittel ermöglichen. Aus dem Generalverkehrsplan werden sich auch Erkenntnisse für eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Verkehrseinrichtungen ergeben.

7. Die weitere Förderung des Wohnungsbaues ist Teil unserer Raumordnungs- und Strukturpolitik. (D)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie wird darauf ausgerichtet, den noch bestehenden Bedarf bestimmter Gruppen der Bevölkerung und in bestimmten Teilen unseres Landes zu decken.

Dem Bau von Eigenheimen für breite Schichten des Volkes wird das Land auch weiterhin unter marktgerechten Bedingungen seine Unterstützung gewähren.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zurufe von der SPD)

Der weitere Ausbau von neuen Städten sowie von Entlastungs- und Entwicklungsgemeinden wird fortgeführt.

(Unruhe bei der SPD)

In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung auch eine Entscheidung über die Freigabe weiterer Gebiete von der Wohnungszwangswirtschaft und der Mietpreisbindung treffen.

(Lachen bei der SPD — Zuruf von der SPD: Siehe Mönchengladbach!)

Sie hat seinerzeit der Überführung des Wohnungswesens in die Marktwirtschaft zugestimmt und ist nach wie vor der Auffassung, daß die Wohnungswirtschaft Teil der Gesamtwirtschaft sein muß.

(Zurufe bei der SPD: Ja, ja!)

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Sie kann daher den Gesetzen des Wirtschaftsablaufes nicht entzogen werden. Andererseits hat die Landesregierung aber mit ihrer Entscheidung, zunächst keine weiteren Liberalisierungs-Verordnungen zu erlassen, klargestellt, daß sie Härten und Reibungen, die sich beim Vollzug dieses Gesetzes herausgestellt haben, in der Zukunft vermeiden will.

(Zurufe von der SPD)

Sie wird umgehend in dieser Frage mit der Bundesregierung verhandeln und notfalls im Bundesrat entsprechende Initiativen ergreifen, um eine Gesetzesänderung zu erreichen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

8. Bereits in den zurückliegenden Jahren ist deutlich geworden, daß auch die Landwirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen Teil der Strukturpolitik sein muß. Hauptaufgabe einer solchen Landwirtschaftspolitik muß es sein, die Landwirtschaft bei ihrer Umstrukturierung weiter zu unterstützen, damit sie sich der heutigen technischen Möglichkeiten bedienen und im kommenden Gemeinsamen Markt bestehen kann. Dabei wird die Landesregierung sich insbesondere der Verbesserung der Agrarstruktur, der weiteren Technisierung der Landwirtschaft zum Ausgleich ihres Personalmangels, der Unterstützung aller Maßnahmen der bäuerlichen Selbsthilfe, der Verbesserung der Marktstruktur und des Ausbaues der landwirtschaftlichen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen annehmen.
- (B) 9. Die Familienpolitik gewinnt gerade in unserer Zeit besondere Bedeutung. Die Landesregierung wird daher in der kommenden Legislaturperiode die Familienpolitik als eine besonders wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe betrachten und sie in ihr Schwerpunktprogramm aufnehmen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

Innerhalb der familienpolitischen Maßnahmen wird der ausreichenden Versorgung junger und kinderreicher Familien mit Wohnraum, der Stärkung der Erziehungskraft der Familie, der Förderung von Maßnahmen der Familienerholung und nicht zuletzt solchen Maßnahmen Bedeutung zukommen, die eine Benachteiligung kinderreicher Familien bei der Ausbildung ihrer Kinder ausschließt.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Gerade hier wird die Landesregierung aber auch der Hilfe der Träger der freien Wohlfahrtspflege in besonderer Weise bedürfen.

10. Die Belastungen der Menschen unserer Zeit durch Beruf und Arbeit machen eine umfassende staatliche Gesundheitspolitik erforderlich. Die Landesregierung wird dabei in Zukunft noch mehr als bisher vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung von Berufs- und Zivilisationskrankheiten unterstützen; denn gerade für unsere Zeit gilt mit besonderem Nachdruck der Grundsatz, daß Vorbeugen besser als Heilen ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung beabsichtigt, ihr Programm zur Reinhaltung der Luft und des Wassers, zur Lärmbekämpfung und zur Unfallverhütung weiter zu verwirklichen. Sie geht dabei von der Überlegung aus, daß die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht nur ein Anliegen zeitgerechter Gesundheits- und Sozialpolitik, sondern auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft ist.

Im Krankenhausbau wird die Landesregierung ihre Schwerpunktpolitik mit dem Ziele weiterführen, ein funktionell in sich abgestimmtes System von Krankenhäusern verschiedener Leistungsstufen zu entwickeln.

Nicht zuletzt wird die Sorge der Landesregierung aber auch den chronisch Kranken zu gelten haben, für die in vielen Krankenhäusern oft kein ausreichender Platz vorhanden ist.

In der Sorge für den alten Menschen sieht die Landesregierung eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie wird alle bereits bestehenden Maßnahmen der Altenhilfe im behördlichen wie im Bereich der freien Verbände noch stärker koordinieren und verbessern. Hierzu wird sie beim Arbeits- und Sozialminister einen Beirat für Altenhilfe gründen. Dabei kommt im Rahmen der Altenhilfe, wie schon ausgeführt, dem Wohnungsbau, aber auch den Erholungsmaßnahmen für alte Menschen, besondere Bedeutung zu.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

11. Im Rahmen ihrer Sicherheitspolitik wird die Landesregierung sich um eine weiter verbesserte Verbrechensbekämpfung unter Anwendung modernster technischer Erkenntnisse und Methoden bemühen.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zuruf: Weyer!)

Sie wird ihr Programm zur Verbesserung der Sicherheit auf unseren Straßen für alle Verkehrsteilnehmer fortsetzen. Dabei kommt der Verstärkung der Polizei in unserem Lande im Rahmen des Vier-Jahre-Planes besondere Bedeutung zu.

(Zurufe von der SPD)

12. Die Landesregierung hat schon in den vergangenen Jahren die Bildungspolitik als einen wichtigen Teil ihrer modernen Strukturpolitik angesehen.

Die Landesregierung sieht es auch daher in Zukunft als ihre Aufgabe an, das Ausbildungsniveau aller Jugendlichen durch eine Verbesserung des Pflichtschulunterrichts zu heben, den Anteil der Jugendlichen, die zu gehobenen Schulabschlüssen gelangen, weiter zu steigern und das Angebot an Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für Jugendliche und Erwachsene zu vermehren.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Daß dabei die körperlich oder geistig Behinderten nicht vergessen werden, ist eine Selbstverständlichkeit.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Die in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Schulreformen sowie die bereits eingeleiteten or-

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) gnisatorischen Ausbaumaßnahmen werden im gesamten Bereich des Schulwesens fortgesetzt.

(Zuruf von der SPD: Weitere Kurzschuljahre!)

CDU und FDP als die die Landesregierung tragenden Fraktionen sind sich in diesem Bestreben einig.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie sind bereit, auch die für eine weitergehende Modernisierung des Schulwesens notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen.

(Zuruf von der SPD: Endlich! — Beifall bei den Regierungsparteien)

Dabei sollen jene Aufgaben im Vordergrund stehen, die der Vereinheitlichung des Bildungswesens in der Bundesrepublik dienen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der Ausbau der Realschule und des Gymnasiums sowie der Übergangseinrichtungen im allgemeinbildenden Schulwesen soll dazu führen, die Zahl der Abiturienten und der Realschulabsolventen zu steigern.

In der kommenden Legislaturperiode ist dem Ausbau eines differenzierten Grund- und Hauptschulwesens besonderer Vorrang zu geben.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zurufe links)

- (B) Durch die Neuordnung des ländlichen Schulwesens muß dessen Leistungsfähigkeit so gesteigert werden, daß es den Anforderungen des industriellen Zeitalters genügt.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zurufe von der SPD)

Die Landesregierung bekennt sich zum Elternrecht.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Sie wiederholt die vor vier Jahren abgegebene Erklärung, den christlichen Charakter der Gemeinschaftsschule zu sichern. Die Landesregierung wird die dafür erforderlichen Maßnahmen einleiten.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zurufe von der SPD)

Im Anschluß an die Neuordnung der Hauptschule und der damit verbundenen Einführung des neunten Pflichtschuljahres für alle Jugendlichen wird die Landesregierung dem Ausbau des Berufsschulwesens ihre besondere Sorge widmen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Berufsschulunterricht und betriebliche Ausbildung müssen so aufeinander abgestimmt werden, daß der hohe Rang der Berufsausbildung erhalten bleibt.

(Zurufe von der SPD)

Die Landesregierung wird den Entwurf eines Gesetzes über Ingenieurakademien u. Wirtschaftsakademien, den sie bereits in der vergangenen Le-

gisaturperiode dem Landtag zugeleitet hatte, dem neuen Landtag wieder vorlegen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Nach wie vor ist die Behebung des Lehrermangels eines der vordringlichsten schulpolitischen Ziele. Nachdem es in den vergangenen Jahren gelungen ist, den Lehrermangel in der Volksschule wesentlich zu mildern, erhöhen wachsende Schülerzahlen sowie die Einführung des neunten Schuljahres den Lehrbedarf wieder in beträchtlichem Umfang. Stark ansteigende Schülerzahlen sind es auch, die einen spürbaren Lehrermangel vor allem in der Realschule und dem Gymnasium zur Folge haben. Es werden daher in den kommenden Jahren kurzfristige und langfristige Maßnahmen in allen Schulformen zur Milderung des Lehrermangels erforderlich sein.

Der Ausbau der bestehenden Hochschulen und der Universitätsneugründungen werden in den nächsten Jahren entsprechend den finanziellen Möglichkeiten des Landes fortgeführt werden. Ziel dieser Bemühungen ist es, für die siebziger und achtziger Jahre, in denen wir mit einem starken Anschwellen der Studentenzahlen rechnen müssen, die notwendige Zahl an Studienplätzen zu schaffen.

(Zurufe von der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

Mit seinen Neugründungen leistet das Land auch einen Beitrag zur Reform des Hochschulwesens. Die Landesregierung begrüßt die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums und wird sich in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Hochschulen für die Verwirklichung dieser Empfehlungen einsetzen.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zurufe von der SPD)

Eine besondere Bedeutung kommt im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen den Pädagogischen Hochschulen des Landes zu, die als wissenschaftliche Hochschulen künftig in enger Zusammenarbeit mit den Universitäten unseres Landes die großen Aufgaben der Lehrerbildung zu leisten haben.

(Holba (SPD): Und endlich ausgebaut werden müssen! — Weitere Zurufe von der SPD)

13. Diese Darstellung der Aufgaben, die in der kommenden Legislaturperiode im Mittelpunkt der Landespolitik stehen werden, zeigt ein Zweifaches. Einmal ergibt sich aus ihr, daß es sich im wesentlichen darum handeln wird, die Politik fortzusetzen, die in den zurückliegenden acht Jahren — —

(Gelächter bei der SPD — Anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Einmal ergibt sich aus ihr, daß es sich im wesentlichen darum handeln wird, die Politik fortzusetzen, die in den zurückliegenden acht Jahren durch die von mir geführten beiden Landesregierungen

(Buh-Rufe bei der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) in zwei Schwerpunkteprogrammen in Angriff genommen worden ist. Gleiches gilt aber auch für die übrigen Aufgaben des Landes, die Gegenstand meiner Regierungserklärungen von 1958 und 1962 gewesen sind.

(Zurufe von der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

Allerdings folgt aus der Vielzahl dieser Aufgaben, daß sie nach ihrer Dringlichkeit sorgfältig ausgewählt, unter dem Gesichtspunkt ihrer größten strukturpolitischen Wirksamkeit aufeinander abgestimmt und mit den finanziellen Möglichkeiten des Landes in Einklang gebracht werden müssen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Bund und Länder stehen gerade jetzt vor einer weitreichenden Reform ihrer Finanz- und Haushaltspolitik. Bereits im Zusammenhang mit dem Gutachten über die Finanzreform war die Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, daß einschneidende Maßnahmen unvermeidlich sein werden, um die finanziellen Beziehungen von Bund und Ländern zu ordnen und zu konsolidieren.

(Zurufe von der SPD)

Nunmehr ergibt sich aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität, der dem Bundesrat in der kommenden Woche zur Beratung vorliegen wird, daß ohne eine notfalls harte Beschränkung der öffentlichen Ausgaben die Erhaltung der Stabilität unserer Währung nicht möglich ist.

- (B) (Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Angesichts dessen muß die Landesregierung an die Haushaltswirtschaft des Landes einen besonders strengen Maßstab anlegen.

(Zuruf von der SPD: Auf einmal! — Weitere Zurufe von der SPD)

Im Rahmen der langfristigen Finanzplanung, die — wie ich bereits ausführte — dem Hohen Hause in Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushalts 1967 vorgetragen werden soll, wird die Landesregierung aufzeigen, welchen landespolitischen Maßnahmen sie im Hinblick auf die strukturpolitischen Notwendigkeiten und Ziele für die nächsten vier Jahre besonderen Vorrang einräumt.

Zugleich möchte ich jedoch keinen Zweifel daran lassen, daß die Landesregierung voll und ganz hinter den Bemühungen der Bundesregierung zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität steht.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie hat bereits ihre Bereitschaft bekundet, notfalls auch Einschränkungen der Rechte des Landes hinzunehmen, um dieses Ziel zu erreichen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Meine Ausführungen über die landespolitischen Aufgaben in den kommenden vier Jahren führen mich zu der Erläuterung der Motive, welche die Fraktionen der CDU und FDP dazu veranlaßt haben, sich erneut zur

Übernahme der Regierungsverantwortung zu entschließen.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Lachen bei der SPD)

Die Landtagswahl vom 10. Juli 1966 hat zwar zu einer nicht unbedeutlichen Veränderung der politischen Kräfte in diesem Hohen Hause geführt,

(Hört, hört! und Lachen bei der SPD)

aber gleichwohl den beiden Regierungsparteien, der CDU und der FDP, zusammen eine Mehrheit gebracht.

(Lachen und anhaltende Zurufe bei der SPD — Beifall bei den Regierungsparteien)

Angesichts der Tatsache, daß es sich dabei fraglos um eine knappe Mehrheit handelt,

(Lachen bei der SPD)

haben CDU und FDP — demokratischer Übung gemäß — zunächst der SPD als der nunmehr stärksten Fraktion dieses Hauses das Gesetz des Handelns überlassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Lachen und Zurufe bei der SPD)

Dabei hat sich jedoch ergeben, daß es dem Fraktionsvorsitzenden der SPD nicht gelungen ist, eine Regierungskoalition zu bilden, — —

(Zustimmung bei den Regierungsparteien — Heiterkeit, Pfui-Rufe und lebhafter Widerspruch bei der SPD)

— ich wiederhole: dabei hat sich jedoch ergeben, daß es dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion nicht gelungen ist,

(Erneuter lebhafter Widerspruch und Pfui-Rufe bei der SPD — Zustimmung bei den Regierungsparteien)

eine Regierungskoalition zu bilden, die in diesem Hause über eine Mehrheit verfügt hätte und damit in der Lage gewesen wäre, eine Landesregierung zu tragen.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe von der SPD — Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Die Fraktionen der CDU und FDP waren der Auffassung, daß die von der SPD für diesen Fall in Erwägung gezogene Minderheitsregierung keine Gewähr für eine auch nur einigermaßen stabile Regierungspolitik geboten hätte

(Stürmischer Widerspruch bei der SPD — Zustimmung bei den Regierungsparteien)

und daß sie deshalb auch den großen landespolitischen Aufgaben nicht hätte gerecht werden können.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Heiterkeit bei der SPD)

Daher sind die Fraktionen der CDU und FDP übereingekommen, ihre Zusammenarbeit in der neuen Landesregierung weiterzuführen. Sie sind sich darüber im klaren, daß das angesichts der jetzigen Mehrheitsverhältnisse in

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) diesem Hohen Hause eine schwierige und besonders verantwortungsvolle Aufgabe sein wird, und zwar nicht nur im Hinblick auf die politische Arbeit im allgemeinen, sondern auch im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit dieses Hohen Hauses.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Die Fraktionen der Regierungskoalition und die von ihnen getragene Landesregierung sind entschlossen, alles zu tun, um die Zusammenarbeit der politischen Kräfte in diesem Hause in dem Geiste weiterzuführen,

(Lärm bei der SPD)

der die Arbeit im Landtag von Nordrhein-Westfalen stets ausgezeichnet hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie müssen jedoch zugleich mit allem Nachdruck der Behauptung entgegentreten, diese Koalition sei undemokratisch, weil sie eine Verfälschung des Wählerwillens bedeute.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien — Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Das Prinzip der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie besagt, daß in jedem Parlament jede Mehrheit für eine Regierungsbildung gleiche demokratische Legitimität besitzt;

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

- (B) jede andere Betrachtung würde dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl, das heißt der Gleichwertigkeit jeder Wählerstimme, entgegenstehen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien — Widerspruch bei der SPD)

Vor allem aber haben sich CDU und FDP — —

Präsident van Nes Ziegler (den Redner unterbrechend): Darf ich einmal unterbrechen! Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß Unruhe im Hause herrscht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dazu muß ich folgendes sagen: Wenn die eine Seite des Hauses bei vielen Passagen frenetisch Beifall klatscht, dann kann man der anderen Seite des Hauses nicht verbieten, wenn sie ihre andere Meinung zum Ausdruck bringt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dr. Meyers, Ministerpräsident (fortfahrend): Vor allem aber haben sich CDU und FDP aus den beiden folgenden Gesichtspunkten für eine Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition entschlossen:

Im gegenwärtigen Zeitpunkt geht es darum, die in den letzten 8 Jahren begonnene und in ihren Grundlagen nach Auffassung der Regierungsparteien nach wie vor richtige Politik, die bisher zu keiner Alternative geführt hat und zu der keine Alternative aufgezeigt wurde, konsequent weiterzuführen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Diese Landesregierung ist zudem eine erfahrene und in der landespolitischen Arbeit bewährte Arbeitsgemeinschaft; (C)

(Heiterkeit bei der SPD)

es wäre schon deshalb unvernünftig, sie ohne zwingende Gründe aufzulösen.

(Zurufe von der SPD)

Nicht zuletzt aber sollte aus meiner Regierungserklärung deutlich geworden sein, daß die vor uns liegenden landespolitischen Aufgaben ohne eine besonders enge und von gegenseitigem Vertrauen und Verständnis getragene Zusammenarbeit zwischen Bund und Land nicht zu lösen sind. Das folgt schon aus der Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes, das die Wirtschaftspolitik in die Zuständigkeit des Bundes gegeben hat. Jeder wirtschaftspolitische Erfolg in diesem Land ist daher auch in Zukunft nur auf dem Boden einer solchen engen Zusammenarbeit möglich. Die Landesregierung ist davon überzeugt, daß diese Regierungskoalition eine derartige Zusammenarbeit besser bewirken kann als jede andere in diesem Hause denkbare Konstellation.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich habe diese Regierungserklärung mit dem Hinweis auf die erste Bestellung eines Ministerpräsidenten in diesem Lande heute vor 20 Jahren begonnen; ich beende sie mit dem Hinweis auf einen weiteren Termin, der dem vorgenannten an Bedeutung nicht nachsteht. Das Ende dieser Legislaturperiode wird in etwa mit dem Zeitpunkt übereinstimmen, zu dem zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft endgültig die Zollschranken fallen werden. Das bedeutet, daß die Arbeit der Landesregierung in den kommenden 4 Jahren noch stärker als bisher auf diesen Termin ausgerichtet sein muß. Deshalb berührt uns vor allem die europäische Regionalpolitik, wie sie in den Römischen Verträgen ausdrücklich als eine besondere europäische Aufgabe angesprochen worden ist. Wir haben uns darauf vorzubereiten, daß an der Westgrenze unseres Landes in 4 Jahren ein völlig freier Austausch von Waren und ein weitgehend freier Austausch von Dienstleistungen eintreten wird. Die belgische sowie die niederländische Wirtschaft und die Wirtschaft unseres Landes werden unmittelbar nebeneinandertreten — mehr noch: sie werden zwangsläufig zusammenwachsen. Dabei werden sich in diesem europäischen Wirtschaftsraum neue Zentren und Schwergewichte bilden. Unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß dieses unser Land ein lebenskräftiges Glied, ja ein Zentrum dieses neuen europäischen Wirtschaftsraumes bleiben wird. Angesichts dessen habe ich bereits mit der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Verhandlungen aufgenommen. Dabei hat sich der Präsident der Kommission, Herr Professor Hallstein, damit einverstanden erklärt, daß das Nordrhein-Westfalen betreffende Regionalprogramm in enger Zusammenarbeit mit dem Lande Nordrhein-Westfalen erarbeitet wird. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß unsere Interessen bei der bevorstehenden Integration gewahrt werden. (D)

Die Landesregierung hat in dieser Frage deshalb die Initiative ergriffen, weil sie auf diesem Teilgebiet der

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) europäischen Integration durch die Tat beweisen kann, daß sie die wirtschaftliche und politische Einheit Europas mit allen Kräften zu fördern gewillt ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Mit diesen Zielen nimmt die neue Landesregierung ihre Arbeit auf. Sie ist sich der Größe und Schwere der vor ihr liegenden Aufgabe voll bewußt und entschlossen, sich in ihr zu bewähren.

In diesem Lande haben wir in den zurückliegenden 20 Jahren gewaltige Aufgaben gelöst — Aufgaben, die zudem unter weit ungünstigeren allgemeinen Vorbedingungen bewältigt werden mußten.

(Zuruf von der SPD — Unruhe)

Wenn es gelungen ist, in wirtschaftlich schwerster Zeit für über 3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in Nordrhein-Westfalen neue Lebens- und Arbeitsgrundlagen zu schaffen, ihnen damit eine neue Heimat hier in unserem Lande zu geben, und sie zu verantwortungsbewußten Mitträgern unseres öffentlichen Lebens zu machen, wenn es gleichzeitig gelungen ist, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und die Konsolidierung der sozialen Zustände zu bewältigen sowie den organisatorischen Neuaufbau des Landes zu vollziehen, dann wird es uns auch gelingen, der heutigen Schwierigkeiten Herr zu werden.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

- (B) Die Landesregierung vertraut darauf, daß die Bürger dieses Landes sie bei den großen landespolitischen Gemeinschaftsaufgaben der Zukunft unterstützen werden. Sie ist sich zugleich darüber klar, daß ihre Arbeit der öffentlichen Kritik unterliegen wird. Sie wird sich dieser Kritik stellen, um dabei zugleich ihre Pläne und Maßnahmen ständig neu zu überprüfen.

(Zuruf von der SPD: Zurücktreten!)

Im dritten Jahrzehnt des Bestehens dieses Landes muß uns der Durchbruch in die Zukunft gelingen.

(Beifall bei den Regierungsparteien —
Lachen bei der SPD)

Wenn wir alle dieses Ziel miteinander anstreben, werden wir es schaffen!

(Lebhafter, lange anhaltender Beifall bei den
Regierungsparteien)

Präsident van Nes Ziegler: Sie scheinen einen Drang zur körperlichen Betätigung zu haben.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie haben die Regierungserklärung zur Kenntnis genommen. Zwischen den Fraktionen besteht Übereinstimmung darüber, daß die Aussprache über sie am Montag, dem 1. August, erfolgen soll. Die Einladung liegt Ihnen inzwischen schriftlich vor.

Meine Damen und Herren, Herr Vizepräsident Berding ist auf Grund seiner heutigen Ernennung zum Minister aus dem Präsidium ausgeschieden.

(Zuruf von der SPD: Hat er das nicht gewußt? —
Weitere Zurufe)

— Das ist eine Feststellung, mehr nicht.

Die CDU-Fraktion wird am Montag, dem 1. August, einen neuen Vorschlag unterbreiten.

(Bessel (SPD): Können wir nicht noch warten?
Vielleicht ändert sich das noch!)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist erschöpft.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß: 11.01 Uhr